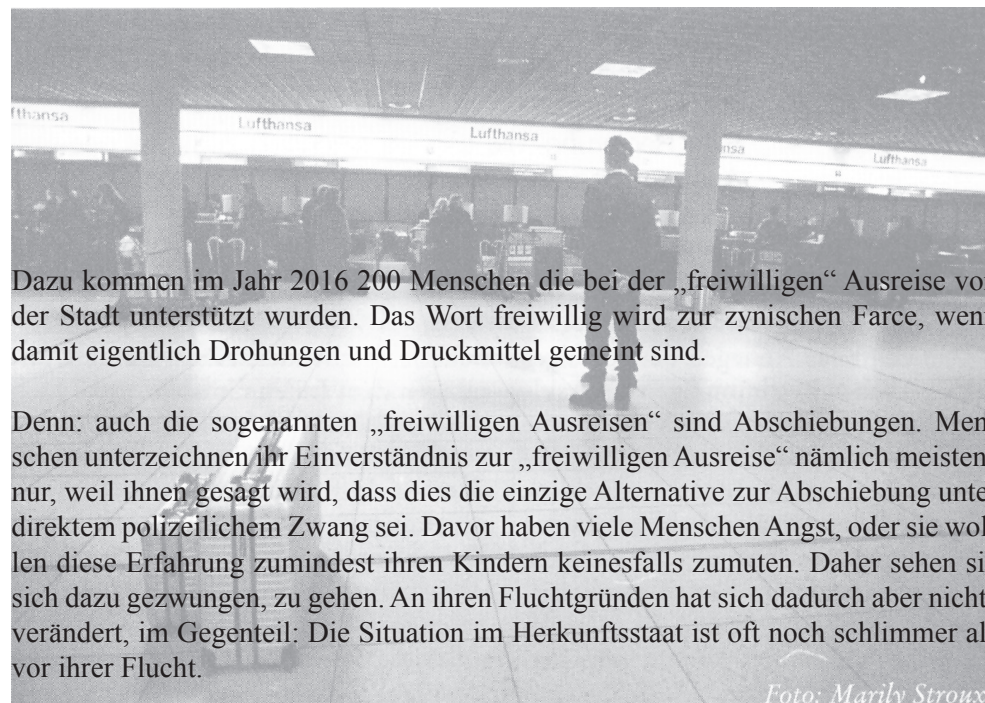
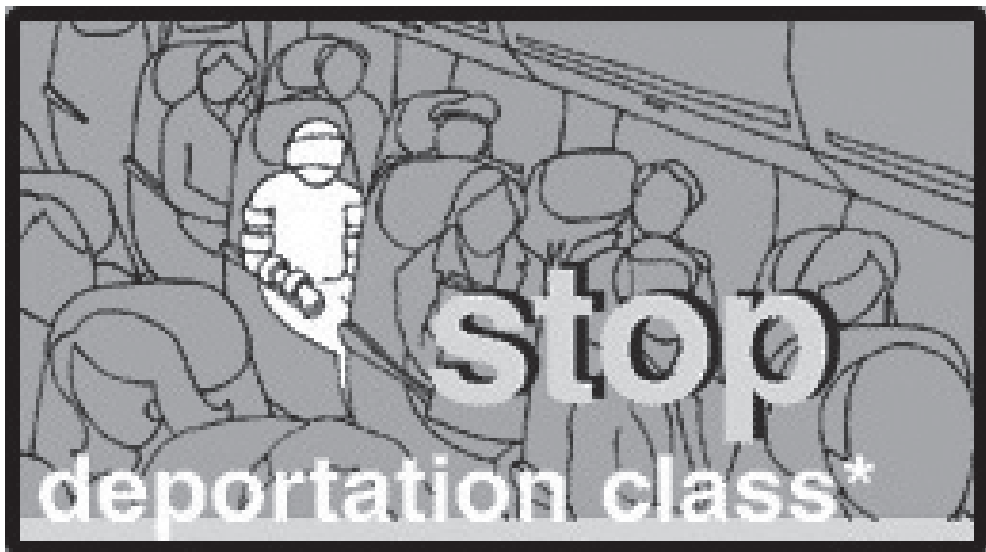


Liebe Göttinger*innen,

Abschiebungen sind IMMER ein unmenschlicher Akt.

Menschen werden dabei mit Zwang aus ihren Wohnungen geholt und gegen ihren Willen in ein Land gebracht, in dem sie nicht leben wollen. Manche sind dort fremd geworden, Kinder sind teilweise in Deutschland geboren. Es kommen Polizeibeamte, manchmal Hunde und Handschellen, bei Bedarf auch körperliche Gewalt zum Einsatz. In einzelnen Fällen sind schon Menschen bei ihrer gewaltsamen Abschiebung gestorben. Die Kosten der Abschiebung müssen die Abgeschobenen auch noch selbst tragen.

Zum Ende des Jahres tauchen im Göttinger Tageblatt wieder Artikel auf, in denen sich die Stadt Göttingen dafür feiert, letztes Jahr 17 Abschiebungen durchgeführt zu haben. Menschen werden früh morgens aus ihren Betten geklingelt und zum Flughafen gefahren, um sie in vermeintlich „sichere Herkunftsländer“ abzuschicken. Auch wenn das schon häufig gesagt wurde noch ein mal: Niemand nimmt freiwillig die Strapazen einer Flucht auf sich, lässt Familie und Freund*innen zurück um sich auf einen lebensgefährlichen Weg zu machen.



Dazu kommen im Jahr 2016 200 Menschen die bei der „freiwilligen“ Ausreise von der Stadt unterstützt wurden. Das Wort freiwillig wird zur zynischen Farce, wenn damit eigentlich Drohungen und Druckmittel gemeint sind.

Denn: auch die sogenannten „freiwilligen Ausreisen“ sind Abschiebungen. Menschen unterzeichnen ihr Einverständnis zur „freiwilligen Ausreise“ nämlich meistens nur, weil ihnen gesagt wird, dass dies die einzige Alternative zur Abschiebung unter direktem polizeilichem Zwang sei. Davor haben viele Menschen Angst, oder sie wollen diese Erfahrung zumindest ihren Kindern keinesfalls zumuten. Daher sehen sie sich dazu gezwungen, zu gehen. An ihren Fluchtgründen hat sich dadurch aber nichts verändert, im Gegenteil: Die Situation im Herkunftsstaat ist oft noch schlimmer als vor ihrer Flucht.

Foto: Marily Stroux

Abschiebungen sind IMMER ein unmenschlicher Akt.

Herr Köhler, handeln sie endlich und hören sie auf, sich darauf auszuruhen, „dass ihnen die Hände gebunden sind.“ Übernehmen Sie die Verantwortung dafür, was hier in Göttingen passiert. Sie sind handlungsfähig.

Liebe Göttinger*innen, machen wir Göttingen gemeinsam zur abschiebefreien Zone! Im Moment sind noch knapp 20 Menschen in Göttingen akut von Abschiebungen bedroht. Sprechen Sie mit ihren Nachbar*innen, und organisieren sie sich im Falle einer drohenden Abschiebung- von der Vermittlung von Anwalt*innen über das Übersetzen von Behördenbriefen bis hin zur Blockade einer Abschiebung gibt es viele verschiedene Mittel und Arten und Weisen, auf die von Abschiebung bedrohte Menschen unterstützt werden können. Machen wir diese Skandale öffentlich, machen wir gemeinsam Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung und sorgen wir gemeinsam dafür, dass das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben für alle gilt.

Auf ein widerständiges 2017!
No One Is Illegal!
Our House-OM10

Abschiebefreie Zone Göttingen

Was können wir gegen Abschiebungen tun?

- Ganz wichtig: Immer unabhängige, solidarische und rechtskundige Beratung vermitteln/ wo nötig selbst einholen! .
- Aufmerksam sein, wenn Briefe von AnwältInnen und/oder Behörden (Bundesamt für Migration, Ausländerbehörde, Gericht) kommen! Geflüchtete dabei unterstützen, dass sie den Inhalt genau verstehen und die Konsequenzen und ihre Handlungsmöglichkeiten selbst abwägen können. Ggf. selbst bei Fachkundigen nachfragen.
- Oft ist die Sprache (deutsche und abstrakte, juristische Begriffe) eine Barriere. Kommunikation mit Händen und Füßen reicht hier nicht aus. Vertrauenswürdige, unabhängige ÜbersetzerInnen organisieren! (Dafür ggf. an geflüchteten solidarische Organisationen wenden.)
-Behördenentscheidungen können auch falsch sein. Wir müssen sie daher kritisch hinterfragen. Also nichts unterschreiben, ohne eine rechtskundige Meinung dazu gehört zu haben!
- Mit Wissen über die privaten und rechtlichen Angelegenheiten geflüchteter Menschen sensibel umgehen: Niemals etwas ohne deren ausdrückliches Einverständnis weiter erzählen, auch nicht an Sozialarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen von Behörden.
- Asyl ist nicht die einzig legale Basis für einen Aufenthalt in Deutschland wie z.B. Krankheit, umfassende Diskriminierung, Schwand Deutschland, Arbeit, Schule, Ausbildung etc. ernst nehmen und ggf. im Verfahren geltend machen!
- Auch wenn der Rechtsweg ausgeschöpft ist, gibt es evtl. noch andere Möglichkeiten, wie z.B. Härtefallanträge oder Petitionensolidarischen Initiativen beraten lassen.
- Wünsche und Pläne der Betroffenen ernst nehmen: Wenn sie unbedingt hierbleiben wollen, sollten sie darin soweit irgend möglich unterstützt werden – auch wenn die Chancen schlecht aussehen.



Basis für einen Aufenthalt in Deutschland wie z.B. Krankheit, umfassende Diskriminierung, Schwand Deutschland, Arbeit, Schule, Ausbildung etc. ernst nehmen und ggf. im Verfahren geltend machen!

ausgeschöpft ist, gibt es evtl. noch Härtefallanträge oder Petitionensolidarischen Initiativen beraten lassen.

- Wenn gar nichts mehr geht: Mittel des zivilen Ungehorsams gegen Abschiebungen in Betracht ziehen. Es gibt die Möglichkeit von Kirchenasyl, oder einen anderen geschützten Ort anzubieten. Unmittelbar drohende Abschiebungen blockieren!
- In solchen Fällen: Geflüchteten solidarische Gruppen informieren, die weitere Unterstützung organisieren können (größere Zahl an Unterstützer*innen zusammenschließen, Öffentlichkeitsarbeit, nützliche Kontakte, ...)
- Ehrenamtliche sollten Informationen über Abschiebungen an das Freiburger Forum weitergeben, wenn sie Leute betreffen, die sie nicht selbst unterstützen können/wollen oder wenn sie allgemeingültig sind (z.B. Abschiebungstermine, betroffene Wohnheime...) oder auch, wenn eine Abschiebung schon geschehen ist: Sie soll dennoch nicht unbemerkt bleiben.
- http://www.freiburger-forum.net/wordpress/wp-content/uploads/2016/03/Flyer_Werdet-aktiv_201603.pdf Selbst Stellung beziehen: Im Bekanntenkreis, in der Öffentlichkeit, mit Leserbriefen, Redebeiträgen bei öffentlichen Diskussionen, Teilnahme an Demonstrationen usw. zeigen: Ich bin gegen Abschiebungen!
- Auch <http://www.freiburger-forum.net/freiburger-forum/spenden/finanzielle> Unterstützung ist oft notwendig, damit die Betroffenen ihre Rechte in Anspruch nehmen können: AnwältInnen und Gerichtsprozesse sind teuer, die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz gering.
- Sich selbst informieren über asylrechtliche Grundlagen – ohne das eigene Wissen bei relevanten Entscheidungen zu überschätzen. Ggf. externe Auskunft einholen.

